

Erschweren von WAP-Abofallen

Beschluss des Deutschlandtages vom 14. bis 16. Oktober 2016 in Paderborn

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, das Betreiben von WAP-Abofallen gesetzlich oder regulatorisch zu erschweren. Dazu soll vor dem Abschluss eines kostenpflichtigen Abonnements via WAP-„Mobile Operator Billing“ eine schriftliche Bestätigung (z.B. per SMS) des Nutzers erforderlich gemacht werden.

Die Bestätigung muss durch den rechnungsstellenden Dienstleister des Nutzers eingeholt werden. Der Dienstleister muss den Nutzer im Voraus über den Namen des Anbieters und seiner Leistung (des Abonnements) sowie die Zahlungsmodalitäten (Preis, Frequenz) und Kündigungsmöglichkeiten informieren.

Ein gleichlautender Antrag ist auf dem Bundesparteitag der CDU zu stellen.